L. 1416.

XV. KURENDA SZKOLNA.

1862.

L. 3798.

Stępel dla niektórych przedmiotów nałożony lub podwyższony.

Dziennik Praw Państwa (Reichs=Gesetz=Blatt) dla Cesarstwa Austryackiego z 16. Grudnia 1863 w zeszycie XL. podaje Najwyższą ustawę z 13. Grud. r. b. L. 89. która wyłuszcza przedmioty, na które dla pokrycia wydatków Państwa, taksa stęplowa nałożona lub podwyższona została.

Ważniejsze z niej tak dla Szan. Duchowieństwa jako i Nauczycielstwa do wiedzenia potrzebne wyjmujemy i przedrukować nakazujemy. Osnowa ich następująca:

„§. 3. Von den bestehenden zwei Scalen wird die Scala I. abgeändert und denselben eine Scala III. mit dem entsprechenden außerordentlichen Zuschlage hinzugefügt. Zur Erleichterung der Uebersicht und des Gebrauches wurden alle drei Scalen dem Gesetze beigeschlossen.“ *)

„§. 10. Die Percentual=Gebühr von Rechtsgeschäften, deren Erfüllung von einem Ereignisse, dessen Eintritt ungewiß ist, abhängig gemacht wurde, ist erst beim Eintritte desselben unbeschadet der im §. 44 der Gesetze vom 9. Februar und 2. August 1850 ausgesprochenen Verpflichtung zu entrichten.

Dasselbe gilt von Erbschaften oder Legaten, welche erst beim Eintritte eines solchen Ereignisses anzufallen oder an eine andere Person überzugehen haben. Der Erwerber der Sache hat binnen acht Tagen von dem Tage an gerechnet, an welchem ihm der Eintritt des Ereignisses bekannt geworden ist, die Anzeige davon dem zur Gebührenbemessung bestimmten Amte zu erstatten.“

„§. 13. Wegen jeder Verkürzung des Stempelgefälls durch unterlassene Entrichtung der für die in den Posten **32, 2.** b, c, e; **47** d bb; **59** b; **74; 83 B 2; 101 I A** b der geänderten Tarifsbestimmungen erwähnten Urkunden und Schriften vorgeschriebenen festen Gebühr ist der zehnfache Betrag der verkürzten Gebühr ohne Einleitung eines Strafverfahrens von Denjenigen, welche zur Entrichtung derselben verpflichtet sind, einzuheben.“

„§. 14. Die Verjährungsfrist der Strafen für Gefällsverkürzungen in Absicht auf Stempel= und unmittelbare Gebühren wird für das ganze Reich durchaus mit 5 Jahren festgesetzt.“

„§. 16. Die Bestimmungen dieses Gesetzes haben am 1. Jänner 1863 in Wirksamkeit zu treten.“

---

*) Skalą II. dla kwitów na pieniądze i t. p. została ta sama, co przedtém, zaczem i nadal do niej się stósować.

Tu w Ustawie następują III. Skale.

Z oddziału: Vorerinnerungen zu den geänderten Tarifsbestimmungen.

„§. 3. Ist die Urkunde oder Schrift einer festen Stempelgebühr unterworfen, so muß jeder weitere Bogen mit dem für den ersten Bogen vorgeschriebenen Stempel versehen werden. Beträgt jedoch die feste Gebühr des ersten Bogens mehr als 50 kr., so unterliegt jeder weitere Bogen der Urkunde oder Schrift der festen Gebühr von 50 kr. Eine Ausnahme findet nur Statt bei ämtlichen und zugleich ämtlich vidimirten Abschriften, bei den in der Tarifspost 17 bezeichneten Auszügen und bei Duplicaten ämtlicher Ausfertigungen, von welchen jeder Bogen der Gebühr von 1 fl. unterliegt."

Z oddziału: „Geänderte Tarifsbestimmungen."

„Post-Nr. 2. Abschriften: a) ämtliche, einfache, d. i. nicht vidimirte: aa) wenn sie von einem Gerichte ausgestellt werden von jedem Bogen 36 kr. bb) wenn sie von andern Behörden ausgestellt werden *) von jedem Bogen 50 kr. b) ämtliche vidimirte von jedem Bogen 1 fl. c) nicht ämtliche, d. i. von Parteien selbst verfaßte, wenn sie ämtlich oder von Notaren vidimirt werden, von jedem Bogen 50 kr. f) Abschriften und Auszüge aus den inländischen Vermessungsprotokollen, welche als ämtliche und unter ämtlicher Bürgschaft ansgefolgt werden, von jedem Bogen 50 kr. Außerdem unbedingt."

„Post-Nr. 43. Eingaben von Privatpersonen, welche bei dem Landesfürsten, dem Reichsrathe, den Landes-, Kreis-, Gau-, Bezirks- oder Gemeindevertretungen oder bei den durch dieselben für die Angelegenheiten des Reiches, der Länder, der Kreise, Gaue, Bezirke oder Gemeinden aufgestellten Behörden, Aemtern und öffentlichen Anstalten, oder bei den ihre Stelle vertretenden Amtspersonen überreicht werden: a) 1. im gerichtlichen Verfahren in und außer Streitsachen von jedem Bogen 36 kr. 2. alle andern von jedem Bogen 50 kr."

c) Gesuche um nacherwähnte besondere Rechte: 1. um Verleihung, Bestätigung oder Uebertragung von Adelsgraden, Verleihung von Orden, um Bewilligung ausländische Orden anzunehmen und zu tragen, Vereinigung oder Verbesserung von Wappen, Ausfertigung eines Wappenbriefes, Bewilligung von Namensänderungen oder Namensübertragungen, Verleihung von Würden, Ehrenämtern, Ehrentiteln und sonstigen Ehrenvorzügen und Auszeichnungen mit Inbegriff jener für gewerbliche Unternehmungen, vom ersten Bogen 5 fl.

h) Recurse, d. i. alle Berufungen gegen die Entscheidung oder Verfügung einer untern Instanz an die höhere, welche nicht unter g dieser Tarifspost oder q der Tarifspost 44 der geänderten Tarifsbestimmungen begriffen sind, und die außerordentlichen Gnadengesuche im Verfahren wegen Gefällsübertretungen, vom ersten Bogen 1 fl."

„Post-Nr. 66. Legalisirungen, d. i. Bestätigungen der Echtheit der Unterschrift der Urkunden: a) wenn sie von öffentlichen Behörden oder Aemtern vorgenommen werden: aa) für die Bestätigung einer Parteiunterschrift, 1 fl. bb) für die gleichzeitige Bestätigung jeder weiteren Parteiunterschrift, von jeder 50 kr. b) wenn sie von einem Notar vorgenommen wird, im Falle aa 50 kr. im Falle bb) 25 kr."

„Post-Nr. 96. Stiftungen: a) die über eine Stiftung errichtete Urkunde (der Stiftbrief) von jedem Bogen 50 kr. so auch b) von dem der Stiftung gewidmeten Vermögen, wie von Schenkungen oder Vermögens-Uebertragungen von Todeswegen."

„Post-Nr. 101. Urkunden: l) Rechtsurkunden über Vermögensübertragungen auf den Todesfall, als letztwillige Anordnungen (Testamente, Codicille), wechselseitige Testamente, Erbverträge, Schenkungen auf

*) Pod tę rubrykę podciągać należy Wypisy z ksiąg metrykalnych, czyli zaświadczenia metrykalne.

den Todesfall, Bestimmungen in Ehepacten und anderen Verträgen zwischen Ehegatten über auf den Todesfall des Einen dem Andern zustehende Rechte, vom 1. Bogen 1 fl. Die Gebühr ist letztwilligen Anordnungen nur in dem Falle zu entrichten, wenn auf Grund derselben eine Vermögensübertragung stattfindet und es sich nicht um eine in der T. P. 44 x und 80 a bezeichnete Verlassenschaft handelt. Sie ist zugleich mit der Vermögensübertragungsgebühr zu bemessen und haftet auf dem Nachlasse."

„Post-Nr. 102. Urkunden, befreite: p) Letztwillige Anordnungen (Testamente, Codicille), die Befreiung derselben wird aufgehoben. Siehe P. **101 I A 1** der geänderten Tarifsbestimmungen.

„Post-Nr. 106. Vermögensübertragungen: **B** e des Gesetzes vom 9. Februar und **D** des Gesetzes vom 2. August 1850. Ein Aequivalent der Percentual-Gebühren für jede Besitzdauer von 10 Jahren haben von dem Vermögen zu entrichten: 1. Stiftungen, Beneficien, Kirchen, geistliche und weltliche Gemeinden, Vereine, Anstalten und andere Corporationen und Gesellschaften, deren Mitgliedern ein Antheil an dem Vermögensstamme der Gemeinschaft nicht zusteht: a) von unbeweglichen Sachen vom Werthe 3 Percent b) von beweglichen Sachen vom Werthe 1½ Percent."

„Post-Nr. 116 Zeugnisse, gebührenpflichtige: a) Alle, welche einer höheren oder minderen Gebühr nicht ausdrücklich zugewiesen sind: aa) wenn sie von landesfürstlichen Behörden oder Aemtern ausgestellt werden, vom ersten Bogen 1 kr. bb) wenn sie von anderen Behörden, Aemtern oder von Privatpersonen ausgestellt werden, von jedem Bogen 50 kr."

Z Konsystorza Biskupiego. Tarnów 24. Grudnia 1862.

L. K. 3859.

Zawarcie małżeństwa Urzędnikom rachunkowym niemającym 500 złr. pensyi pod utratą posady bez pośredniego pozwolenia zabronione.

Dziennik (Reichs-Gesetz-Blatt XLIII. Stück.) przynosi nam Rozporządzenie najwyższéj Władzy kontroli rachunkowości (der obersten Rechnungs-Controls-Behörde.) z **10 Grud. 1862. L. 98.** w tym względzie dla Urzędników cywilnych i wojskowych przy Urzędach rachunkowych zostających, z którego punkta są następujące:

„1. Controllsbeamten ist die freie Eingehung der Ehe nur dann gestattet, wenn sie in dem Genusse eines mit keinen Taxabzügen belasteten Gehaltes von mindestens jährlichen Fünfhundert Gulden stehen. 2. Diese Gehaltsgränze gilt sowohl für den Amtssitz der Controlsbeamten in der Residenz, als in den Provinzialstädten. 3. Provisorische Beamte sind den definitiv angestellten ganz gleich zu halten. 4. Quartiergelder oder sonstige Nebenbezüge können nicht in Anrechnung gebracht werden. 5. Beamte jener Gehaltsklasse bedürfen zu ihrer vorhabenden Verehelichung keiner vorläufigen Bewilligung ihrer vorgesetzten Behörde, sie sind jedoch gehalten, hierüber ihrer Amtsvorstehung die Anzeige zu machen. 6. Beamte welche sich verehelichen wollen, ohne das ad **1** erwähnte Gehaltsminimum erreicht zu haben, sind verpflichtet, um die Bewilligung im Wege ihrer Amtsvorstehung bei der obersten Rechnungs-Controls-Behörde einzuschreiten; diese Bewilligung kann ihnen nur ertheilt werden, wenn sie den an dem Gehaltsminimum jährlicher 500 fl. abgängigen Betrag selbst oder mit dem andern Theile, durch ein vollkommen und bleibend sicher gestelltes Privateinkommen gedeckt haben. 7. Praktikanten mit oder ohne Adjutum haben im Falle ihrer vorhabenden Verehelichung diese Sicherstellung für den vollen Betrag jährlicher 500

fl. zu leisten. 8. Verheirathete Diurnisten können nur in dem Falle für systemisirte Dienstesstellen in Berücksichtigung gezogen werden, wenn sie sich in der Lage befinden, die Deckung des sich zwischen dem Betrage des ihnen zu verleihenden Gehaltes und der Normalgebühr jährlicher 500 fl. ergebenden Abganges durch ein Privateinkommen in vollkommen und bleibend sicherstellender Weise nachzuweisen. 9. Uebertretungen dieser Bestimmungen werden als eine freiwillige Auflösung des Dienstvertrages angesehen und haben ohne weiters die Entlassung vom Dienste zur Folge."

Tyle do wiadomości Szan. Duchowieństwa i Nauczycielstwa i t. p.

Tarnów 26. Grudnia 1862.

OBWIESZCZENIE
o 2 opróżnionych posadach nauczycielskich.

I N. *1414*. Przy szkole trywialnéj w *Polance wielkiéj*, Obwodu Wadowskiego Dekanatu Oświęcim. *posada nauczyciela* patronatu prywatnego z roczną płacą 189 złr. a. w. opróżnioną została.

Ubiegający się o nię, mają swoje należycie sporządzone podania, nieprzekraczając istniejących stemplowych przepisów, zwykłą drogą najdaléj *do 20. Lutego 1863.* Biskupiemu Konsystorzowi przedłożyć.

II. *N. 1421*. Przy szkole trywialnéj w *Jazowsku*, Obwodu Sandeckiego, Dekanatu Łąckiego, *posada nauczyciela*, patronatu prywatnego, z roczną płacą 157 złr. 51 kr. a. w. opróżnioną została.

Termin do podania upływa z dniem *15. Marca 1863.*

Tarnów dnia 30. Grudnia 1862.

L. 3810.
Składka na kościółek Ś. Wojciecha w Krakowie.

Najstarszy, w samym środku Miasta Krakowa stojący kościółek imię Ś. Wojciecha Narodu naszego Apostoła noszący, ciężarem tyle set wieków osłabiony, upadać zaczyna. Zwrócił tenże uwagę Wysokich Rządów Krajowych na siebie, i wyszły rozporządzenia z d. 18. b. m. i r. L. 11371. do C. K. Urzędów powiatowych i obwodowych, aby lud nasz do składek na odświeżenie i poratowanie tego szanownego Staruszka zachęcono. Bracia Szanowni ani wątpimy, iż wziąwszy to do wiadomości, ze strony Waszéj, dzieło tak katolickie wpływem Waszym, jak najusilniéj wesprzeć, i co uzbieracie, na ręce Nasze do Konsystorza przesłać raczycie. I wy Panowie Przełożeni szkół przyczyńcie się do tego.

Tarnów 30. Grudnia.

Z Konsystorza Biskupiego.

Tarnów dnia 30. Grudnia 1862.

Józef Alojzy,
Biskup Tarnowski.

Jan Figwer,
Kanclerz prow.

Tarnów i Jasło. Drukiem A. Rusinowskiego, 1862.